

Wir – die BI „Gemeinsam aktiv für Natur und Landschaft in Ispringen“ - haben heute die Gelegenheit, unsere Sichtweise in dieser großen Runde darzulegen. Wahrscheinlich ist zwar alles schon einmal an irgendeiner Stelle gesagt worden, aber wir versuchen heute die wichtigsten Punkte zusammenzufassen.

Wie der Name der BI schon andeutet – der ja nicht BI „Weglanden“ o. ä. ist – geht es uns nicht darum, dass wir gegen ein Neubaugebiet an dieser Stelle sind und anderswo wäre es uns egal. Dem ist nicht so, da die Gründe, die unseres Erachtens gegen ein Neubaugebiet sprechen, an fast jeder Stelle in gleicher Weise zutreffen.

Aus unserer Sicht gibt es drei Hauptfelder, aus denen heraus wir gegen ein Neubaugebiet sind:

- 1) Der Klima- und Naturschutz (dazu gehören auch Landschaftsschutz, Flächenschutz, Schutz der Biodiversität u. a.)
- 2) Die langfristigen Auswirkungen des geplanten Vorhabens auf die Ispringer Bevölkerung bzw. auf deren Lebenssituation
- 3) Die zu erwartende Bevölkerungsentwicklung hier in Ispringen (aber auch in ganz Ba-Wü und D) und die daran auszurichtende Ortsentwicklung
- 4) Alternative: Innenentwicklung

Diese Felder lassen sich teilweise nicht scharf voneinander abgrenzen, aber ich unternehme den Versuch und beginne mit

### **Pkt. 1: Klima- und Naturschutz**

Eine Eingangsbemerkung zum Thema **Fläche**: Wir haben in den vergangenen 2 Generationen soviel Fläche verbraucht wie 80 Generationen zuvor!!! Fläche ist endlich und nicht vermehrbar, und da spielt es keine große Rolle, ob wir von Ackerboden, Wiese, Wald oder anderen freien Flächen reden. Es liegt auf der Hand, dass der Flächenverbrauch in der jüngeren Vergangenheit unverhältnismäßig war und dass es keine Option ist, im bewährten Stil weiterzumachen!

Der erste Bauabschnitt des geplanten Neubaugebiets mit ca. 7,5 h besteht zu 45 % (3,4 ha) aus Ackerfläche, und zwar hochwertige Fläche der Kategorie „Vorbehaltsflur 1“ (soll der landwirtschaftlichen Nutzung vorbehalten sein). In diversen Veröffentlichungen wurde der Eindruck erweckt, diese Äcker seien bedeutungslos – das sind sie nicht. Guter Ackerboden benötigt bis zu 2.000 Jahren, bis 10 cm Boden entsteht! Einmal bebaut und versiegelt, ist er unwiederbringlich verloren. Äcker sind **riesige CO<sub>2</sub>-Speicher** und nehmen bis zu 200 Liter Regen pro qm auf, sind also wichtige **Wasserspeicher**. Wenn bei Starkregenereignissen – die in Zukunft absehbar häufiger werden – der Ackerboden das Wasser nicht mehr aufnehmen kann, wäre ein Lösungsansatz, die Wasseraufnahme durch natürliche Maßnahmen zu erhöhen – und nicht noch zusätzlich zu versiegeln!!! (Das greift jetzt in Pkt. 2 hinein, denn ein Neubaugebiet kann logischerweise nur versiegelter sein als unbebauter, offener Boden – aus eigener Erfahrung weiß ich, wie schnell eine Zisterne bei starkem Regen voll läuft. Der Wasserüberschuss wird weiter abwärts in Richtung Dorf fließen.) Selbst wenn dieses Wasser gänzlich aufgefangen werden könnte, würde es kanalisiert und damit im Bach, im Fluss, im Meer landen – dort brauchen wir es aber nicht. Wir brauchen es im Grundwasser!!! Der **Grundwasserspiegel** sinkt kontinuierlich, und wir sollten alles unterlassen, was dem Grundwasserpegel schadet!

Diese Eigenschaften gelten für alle offenen Flächen, auch die Wiesen und Gärten, die sich noch im Gebiet befinden.

Das Thema **Kaltluft** ist bereits mehrfach erörtert worden, aber unerwähnt lassen möchte ich es nicht. Wer dort am Abend spazierengeht, kann spüren, dass die Luft ungefähr ab der unteren Hälfte des „Betonwegs“ deutlich kälter wird. Diese kalte Luft zieht mit der Topographie nach unten in den Ort und wird dort – jetzt sind wir wieder bei Pkt. 2 – in künftigen Hitzenächten dringend gebraucht!

Die übrigen Flächen, also FFH-Mähwiesen, Biotop, Streuobst- und Obstbaumbestände werden lt. LUBW als hoch bis sehr hoch in der Bedeutung für den **Natur- und Artenschutz** eingeschätzt.

### Zu Pkt. 2: **Auswirkungen auf die Bevölkerung**

Zwei Themen habe ich bereits angesprochen: Die **Wasserrückhaltefähigkeit** der unversiegelten Landschaft oberhalb des Ortes, insbesondere des Rothsbergs und der Nußbaumstraße. Es ist für mich nicht vorstellbar, dass die Auswirkungen von Starkregen durch eine Bebauung verringert werden könnten, da ein Baugebiet ohne Versiegelung schlicht nicht möglich ist. Und zweitens die **Kaltluft**, die genau im zu bebauenden Gebiet gebildet wird und in Hitzenächten für Abkühlung sorgt.

Ein weiteres Thema, das viele Anwohner vor allem der Nußbaumstraße beschäftigt, ist der **Verkehr**. Schon jetzt ist die Nußbaumstraße ein Nadelöhr, zu eng für zwei Autos nebeneinander, die schmalen Gehwege teilweise zugeparkt, teils unübersichtlich. Wenn nun im geplanten Bauabschnitt 1 die mind. 400 dort unterzubringenden neuen BewohnerInnen mit statistisch betrachtet 300 (!) zusätzlichen Fahrzeugen diese Verkehrsachse in die und aus der Ortsmitte benutzen, wird sich die **Lebensqualität** in der Nußbaum- und Lutherstraße, und womöglich auch in den angrenzenden Straßen wie der Kraichgaustraße, deutlich verschlechtern! Wir reden hier von Lärm und schlechter Luft, aber auch von **Gefährdung** von Kindern, FußgängerInnen, RadfahrerInnen und AnwohnerInnen, denen schon jetzt teilweise kein – bzw. nur ein zugeparkter – Gehweg zur Verfügung steht.

Eine weitere gravierende Auswirkung für die IspringerInnen ist der **Verlust des Naherholungsgebietes**, das zumindest teilweise im Grünzug des Regionalplanes liegt. Gerade für Ispringen, mit seiner hohen Bevölkerungsdichte, macht der Grüngürtel um den Ort einen großen Unterschied zum Wohnen in der Stadt. Dass der Aufenthalt in der Natur direkt zur körperlichen und seelischen **Gesundheit** der EinwohnerInnen beiträgt, steht außer Frage.

Der Blick auf die EinwohnerInnen bringt mich zu

### Pkt. 3: **Die Bevölkerungsentwicklung**

Eine Aussage, die immer gemacht wird, wenn es um die Argumentation für das Neubaugebiet geht, ist, dass Ispringen die älteste (oder wahlweise zweitälteste) Kommune im Enzkreis sei. Das will ich gar nicht bestreiten, wobei auch die Nachbargemeinden nur unwesentlich „jünger“ sind.

Wir sind eine **alternde Gesellschaft**, in Ispringen, in Baden-Württemberg, in Deutschland.

Ein Blick in die Statistik für Ispringen zeigt, dass wir einen Bevölkerungsanteil von über 60jährigen von ca. 33 % haben. Das ist keine Momentaufnahme, sondern setzt sich bis mind. 2040 so fort.

Was heißt das? Die Menschen haben im Alter andere Bedürfnisse, Ansprüche und

Einschränkungen. Die Antwort müsste sein, **passenden Wohnraum** zu schaffen, nämlich

**altersgerechte, bezahlbare Wohnungen und bezahlbaren Wohnraum** für junge Familien.

Schon jetzt stehen viele Häuser oder Wohnungen leer oder werden nur noch von einer Person bewohnt, zusätzlich haben wir ca. 70 (!!!) Baulücken.

Ein Blick in die Zukunft zeigt also **Leerstände** in der Ortsmitte, in den Baugebieten der 50er, 60er und 70er Jahre und zusätzlich die erwähnten zahlreichen **Baulücken**.

Wollen wir mit diesen Voraussetzungen tatsächlich noch ein Neubaugebiet erschließen? Die **langfristigen Kosten** für die Infrastruktur (Straßen, Kanalisation, Strom, Datenleitungen etc.) zusätzlich zu den Kosten, die wir in nur noch teilbewohnten Gebieten haben, bezahlen? Diese Kosten tragen übrigens alle EinwohnerInnen durch ihre Steuern - die Einwohnerzahl wird aber nur geringfügig ansteigen, die Kosten deutlich.

#### **Pkt. 4: Stattdessen bitte Innenentwicklung**

Bis zu dieser Stelle haben wir begründet, warum wir das geplante Neubaugebiet ablehnen. Wir möchten aber auch noch sagen, was wir uns stattdessen wünschen: eine ernsthaft und mit Anstrengung betriebene, **zukunftsorientierte Innenentwicklung**. Leerstände, egal ob Wohnungen oder Häuser, müssen an den Markt gebracht werden, Brachen einer neuen Verwendung, Baulücken ihrer eigentlichen Verwendung als Baugrund zugeführt werden. Dafür gibt es **gesetzliche** und **steuerrechtliche Möglichkeiten**, die umsetzbar sind oder bald werden.

Wenn Baulücken und Leerstände die Ursache dafür sind, dass alle EinwohnerInnen für zusätzliche Wohnbauflächen bezahlen müssen, ist das nicht gerecht. **Eigentum verpflichtet!** Wenn ich einen Bauplatz erwerbe, dann nicht, um ihn brachliegen zu lassen, sondern um Wohnraum zu schaffen. Das gilt auch für Leerstände.

Hier sollte die Verwaltung ihre Anstrengungen bündeln und die **Förderungen der Landesregierung** in Anspruch nehmen, die es schon seit Jahren gibt! So, wie man sich in puncto Neubaugebiet beraten lässt, könnte man dies auch hinsichtlich der Innenentwicklung tun, und es stehen etliche Fördertöpfe zur Verfügung. Anstatt über Jahre und Jahrzehnte in ein Neubaugebiet zu investieren, sollte ein Investitionsprogramm in Bestandsgebäude aufgelegt werden, mit Bonuszahlungen für Familien mit Kindern für eine **familiengerechte Innenentwicklung**. Die Anstellung eines **Flächenmanagers** (auch der wird übrigens vom Land gefördert) wäre ein erster Schritt in eine verantwortungsvolle Richtung, den andere Kommunen bereits vor vielen Jahren gegangen sind!

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und für die bisher angenehme und vertrauensvolle Kommunikation seitens der Verwaltung.